Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No
Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

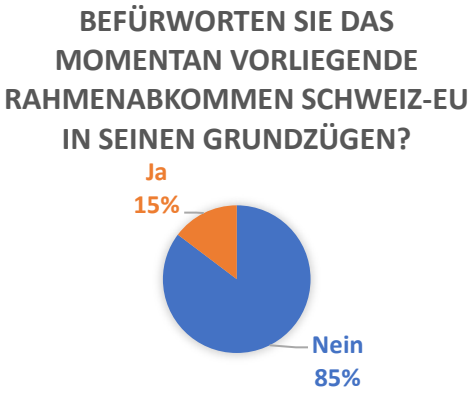
EU-No Newsletter vom 03. Oktober 2019

Auswertung der EU-No Umfrage zum EU-Rahmenabkommen

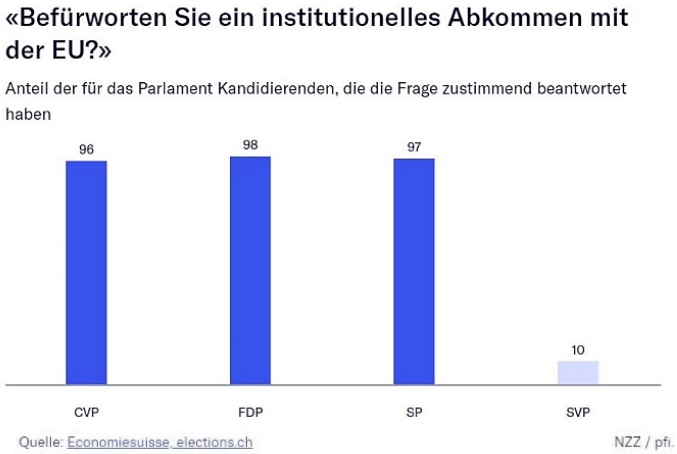
Wie im vorangegangenen Newsletter versprochen, folgt in diesem Newsletter eine detailliertere Auswertung der Kandidaten-Umfrage, die wir im August-September 2019 durchgeführt haben. Die Umfrage macht deutlich, dass wir unsere Wahlzettel mit Bedacht ausfüllen müssen.

Das Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt hat im Rahmen der anstehenden Wahlen vom 20. Oktober den Kandidierenden eine Umfrage zukommen lassen. Die daraus gewonnen Antworten möchten wir Ihnen in diesem Newsletter präsentieren. Die Umfrage erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Das Komitee ist sich bewusst, dass Kandidatinnen und Kandidaten, die gegenüber dem Rahmenabkommen kritisch eingestellt sind vermehrt die Umfrage ausgefüllt haben, da wir auch eine Wahlempfehlung in Aussicht gestellt haben. Aus diesem Grund haben wir die repräsentativere Umfrage von Economiesuisse als Vergleich unserer Übersicht gegenübergestellt. Die Umfrage zeigt, dass die grossen Parteien (Bundesratsparteien) der Schweiz mit Ausnahme der SVP das institutionelle Abkommen mit der EU so befürworten und nach den Wahlen in grossen Schritten auf eine Unterzeichnung hinarbeiten werden.

Auswertung EU-No-Umfrage



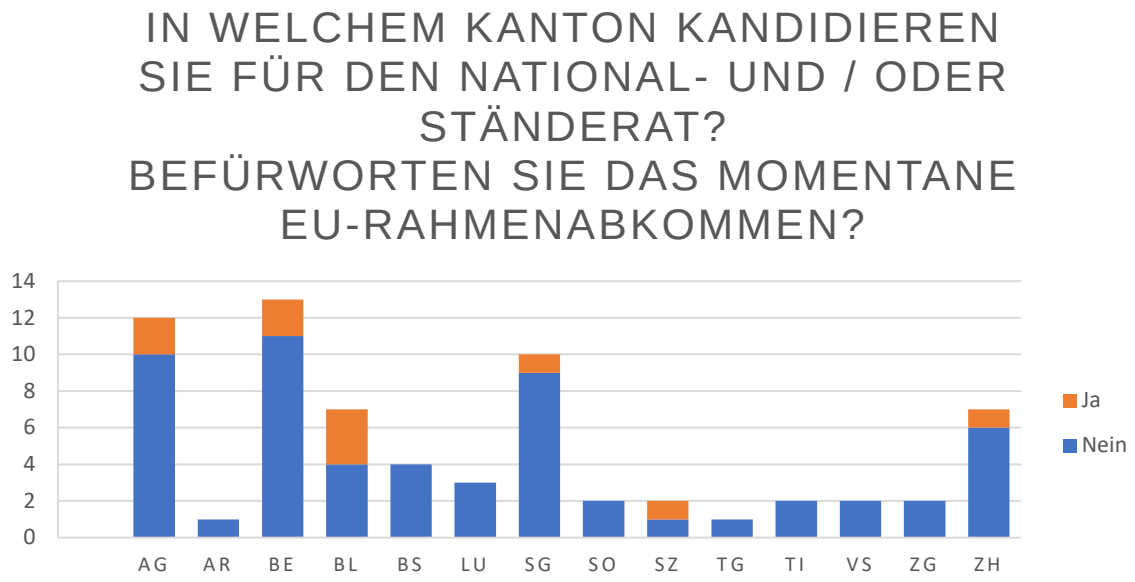
Economiesuisse:



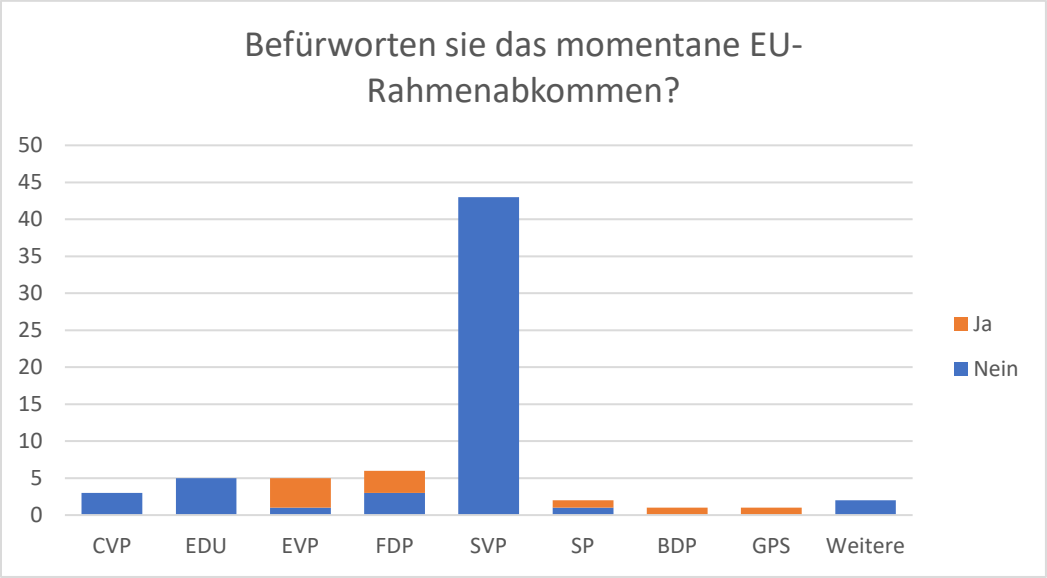
Wie man sieht sind die Kandidierenden, die dem EU-Rahmenabkommen kritisch gegenüberstehen in vielen Kantonen vertreten. Was ein positives Zeichen für die Schweiz und für die Zukunft ist. Was wir, das Stimmvolk tun können ist, dass wir genau beachten, wen wir auf unseren Stimmzettel schreiben. Diese Wahlen werden unseren politischen Kurs für die nächsten vier Jahre bestimmen und auch die Politik gegenüber der EU.

Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No
Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch



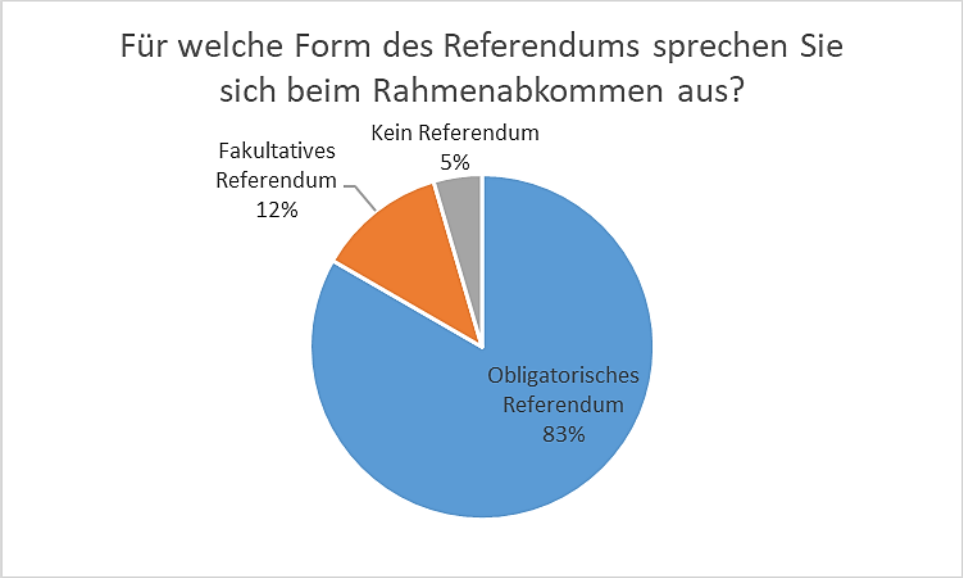
Wie unsere Umfrage zeigt, setzen sich fast nur die SVP- und EDU-Kandidierenden kritisch mit dem EU-Rahmenabkommen auseinander. Leider nur wenige Personen der CVP, SP, EVP und FDP gesellen sich in die Runde der Informierten und Kritischen. Als Kandidierender kann man für oder gegen das Abkommen sein. Kritisch hinterfragen sollte man das Abkommen dennoch. Die Nichtbeachtung und Nichtbeantwortung der Umfrage zeigt, wie unwichtig, unbedacht oder sogar vertuschend offenbar über das EU-Rahmenabkommen gedacht wird.



Eine sehr wichtige Frage ist zudem, welche Form des Referendums, das heisst welche Form der Volksabstimmung die Kandidierenden befürworten. Das zukünftige Parlament wird nämlich abschliessend darüber entscheiden können, ob wir ein obligatorisches Referendum haben werden, ein fakultatives Referendum oder eventuell sogar kein Referendum. Beim obligatorischen Referendum muss man keine Unterschriften sammeln und es braucht das doppelte Mehr von Volk und

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Kantonen. Das entspricht einem Verfassungsreferendum. Bei einem fakultativen Referendum müssen die Gegner 50'000 Unterschriften sammeln und für ein Ja ist nur das einfache Mehr des Volkes notwendig. Für das EU-No-Komitee ist es daher sonnenklar, dass für das Rahmenabkommen nur ein obligatorisches Referendum in Frage kommt.
Unsere Umfrage zeigt jedoch, dass sich dieser Frage nicht alle Kandidierenden bewusst sind. Drei Personen, die das Abkommen zwar ablehnen, wollen nur ein fakultatives Referendum. Sie unterschätzen daher bewusst oder unbewusst die Tragweite des Abkommens. Das sind Roman Rutz (EVP SG), Thierry Burkart (FDP AG) und Gianna Hablützel-Bürki (FDP AG). Interessant ist aber auch der umgekehrte Fall. Es gibt Personen, die das Abkommen befürworten, aber immerhin so ehrlich sind, das Rahmenabkommen dem obligatorischen Verfassungsreferendum zu unterstellen. Das sind Frank Rühli (FDP ZH), sowie auch Elisabeth Augstburger (EVP BL).



Corrigendum: Roland Rino Büchel (SVP SG) kandidiert nicht nur für den Nationalrat, sondern auch für den Ständerat. Wir empfehlen in natürlich für beides und entschuldigen uns für das Versehen.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt